

 **Bundesministerium**
Europäische und internationale
Angelegenheiten

bmeia.gv.at

Mag. Alexander Schallenberg
Bundesminister
Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Wien, am 15. November 2022
GZ. BMEIA-2022-0.666.780

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Helmut Brandstätter, Kolleginnen und Kollegen haben am 15. September 2022 unter der Zl. 12168/J-NR/2022 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Geldflüsse von Russland an österreichische Parteien“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 3:

- *Wurden Sie bzw. Ihr Ministerium von der amerikanischen Botschafterin oder einem anderen amerikanischen Regierungsvertreter / einer anderen amerikanischen Regierungsvertreterin darüber informiert, dass es Geldflüsse von russischen Stellen (Stiftungen, Think Tanks, Unternehmen) an österreichische Parteien gegeben hat?*
Wenn ja, an welche Parteien?
Wenn ja, wie hoch waren diese Geldflüsse und in welchem Zeitraum sind sie geflossen?
Wenn ja, in welcher Form ist dieses Geld geflossen (bar, per Überweisung, in Kryptowährungen, durch Geschenke)?
- *Gibt es aus der Zeit von Außenministerin Karin Kneissl (2017-2019) Akten über Kontakte zu Russland, die auf mögliche Geldflüsse hinweisen?*

Im Rahmen eines regelmäßigen Austausches zwischen dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA) und der Botschaft der Vereinigten Staaten in Wien wurde mein Ressort über russische Geldflüsse an Parteien und Einrichtungen

im Ausland in Kenntnis gesetzt. Laut diesen Angaben gäbe es derzeit keine Informationen betreffend die Finanzierung österreichischer Parteien durch Russland. Dem BMEIA sind weiters keine Unterlagen bekannt, die auf russische Geldflüsse während der Jahre 2017 - 2019 hinweisen.

Zu Frage 2:

- *Es wird davon ausgegangen, dass Russland in den kommenden Monaten und Jahren unter anderem geheime Finanzierung politischer Akteure nutzen wird, um die Sanktionen des Westens gegen Russland zu untergraben. Welche Pläne hat die Bundesregierung, um sicherzustellen, dass dies in Österreich nicht passiert?*

Versuche anderer Staaten, u.a. durch Geldleistungen Einfluss auf das Verhalten politischer Parteien in Österreich auszuüben, sind inakzeptabel. Sowohl national als auch auf EU-Ebene gibt es ein großes Bewusstsein für die Gefahr hybrider Kampagnen aus dem Ausland, die gerade im Zuge des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskriegs auf die Ukraine verstärkt wurden. In Reaktion darauf hat der Rat der Europäischen Union im Juli 2022 Schlussfolgerungen zur Stärkung des Engagements und der Reaktionsfähigkeit der EU auf Manipulation von Informationen und Einmischung aus dem Ausland beschlossen. Darüber hinaus hat die EU als Reaktion auf den Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine mit insgesamt acht Sanktionspakten gegen Russland das bisher umfassendste Sanktionsregime der EU beschlossen. Die EU-Sanktionen gegen Russland beinhalten weitreichende restriktive Maßnahmen im Finanzsektor und Einschränkungen für den Kapital- und Zahlungsverkehr.

Mag. Alexander Schallenberg

